

Johannes Hürter

Entgegnung auf Günther Gillessen

Die „Nachschau“ von Günther Gillessen zur Kontroverse um die (spätere) Militäropposition bei der Heeresgruppe Mitte und ihre Haltung zum Holocaust kann weder mit neuen Dokumenten noch mit neuen Erkenntnissen aufwarten. Statt dessen flüchtet sich der Autor in eine Kette von Spekulationen, den vermeintlichen sechs „Wendepunkten“, die an Vagheit und Mutmaßung bei weitem das Maß übertreffen, das Felix Römer und mir selbst von unseren schärfsten Kritikern unterstellt worden ist. Das reizt an sich zum Widerspruch im Detail. Doch kaum etwas ist ermüdender als wissenschaftliche Debatten, die auf der Stelle treten und trotzdem nicht enden wollen. Jeder Leser kann sich selbst ein Bild von der Plausibilität der verschiedenen Standpunkte machen, indem er die inzwischen zu einer stattlichen Anzahl angewachsenen Beiträge der Kontroverse in den Vierteljahrsheften und anderswo¹ zur Hand nimmt oder auf seinen Bildschirm lädt. Die Wiederholung macht die jeweilige Argumentation nicht besser oder schlechter.

Daher soll hier darauf verzichtet werden, die Thesen und Bemerkungen Gillesens im Einzelnen als spekulativ, verzerrend, widersinnig oder haltlos zu kennzeichnen². Lediglich einen, allerdings den in meinen Augen zentralen, Aspekt – die Integration der höheren militärischen Stäbe in den rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 – möchte ich aufgreifen, um nochmals knapp meine Interpretation zu verdeutlichen.

In Hinsicht auf die Ermordung der sowjetischen Juden, die den Beginn des Holocaust markierte, wird im Beitrag Gillesens ein Bild von der Kenntnis und Haltung der Wehrmachtsdienststellen gezeichnet, das weit hinter den erreichten Forschungsstand zurückfällt. So konstruiert der Autor am Beispiel der 9. Armee einen Gegensatz zwischen SS und Wehrmacht, den es mit der von ihm angedeuteten Intention der militärischen Stäbe – Greuelaten zu verhindern und „rechtswidrige Befehle“ zu sabotieren – nicht gab. Auch das Verhältnis des Oberkommandos der 9. Armee zur SS ging deutlich über die „üblichen Höflichkeiten“ hinaus.

¹ Vgl. jetzt auch Manuel Becker/Holger Löttel/Christoph Studt (Hrsg.), Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen. XXI. Königswinterer Tagung vom 22.–24. Februar 2008, Berlin 2010.

² Nur wenige knappe Hinweise auf generelle Mängel: Zeitenössische Akten und nach dem Krieg verfasste Memoiren werden unkritisch gleichgesetzt (Überbewertung des „Engel-Tagebuchs“ und anderer retrospektiver Quellen); der Forschungsstand wird ignoriert (Abläufe und Handlungsspielräume an der Ostfront, Zusammenhang von Gewaltpolitik und „Blitzkrieg“, Reaktion auf „verbrecherische Befehle“); Begrifflichkeiten werden in Unkenntnis paralleler oder analoger Überlieferungen missverstanden (Bocks Kritik an Exekutionen im Bereich seines Hauptquartiers). Auch auf die vielen reinen Spekulationen (z. B. über die „Beschleunigung“ des Umlaufs von Dokument 1) und deutlichen Widersprüche – so waren für Gillessen die Verbrechen hinter der Front „von Anfang an“ ein „prominentes“ Motiv zum Widerstand, obwohl sie „geheim gehalten“ wurden und man sich nicht sogleich ein „unbe-zweifelbares Bild“ eines „Völker-Vernichtungskrieges“ machen konnte – kann hier nicht näher eingegangen werden.

Der von Gillessen erwähnte Generalstabschef Oberst Weckmann etwa rügte am 22. August 1941 einen Major seines Stabes, der sich abfällig über die mörderische Tätigkeit der Sicherheitspolizei und des SD geäußert hatte, mit deutlichen und für die Einstellung der Kommandobehörden des Ostheeres symptomatischen Worten:

„Ich habe ihm eröffnet, daß sein Verhalten [...] falsch, ungeschickt und unsachlich gewesen ist. Es sei der militärischen Führung bekannt, daß bezüglich der Behandlung und Erledigung von Juden und bolschewistischen Elementen Sonderweisungen auf Befehl des Führers ergangen seien, zu deren Ausführung Angehörige des Sicherheitsdienstes, der Polizei und der Waffen-SS eingeteilt seien, die gemäß ihren Befehlen zu handeln hätten. Die Wehrmacht könne dafür dankbar sein, daß sie mit derartigen Angelegenheiten nichts zu tun habe, es könne von ihr Verständnis erwartet werden gegenüber den Angehörigen der SS und der Polizei, denen die Durchführung dieser Aufgaben übertragen wäre. Auch für diese wäre die Ausführung der ihnen gegebenen Befehle eine schwere Aufgabe und wohl die Meisten von den Beteiligten hätten den Wunsch, lieber gemeinsam mit den Kameraden vom Heere gegen den äußeren Feind zu kämpfen. Unsachliches und ungeschicktes Verhalten von Offizieren in diesem Punkte müßte als besonders verletzend empfunden werden. Gerade mit dem Leiter des im Bereich der 9. Armee eingesetzten Sonderkommandos, SS-Obersturmbannführer Blume, der in jeder Hinsicht ein ganz einwandfreier SS-Offizier wäre, bestünde das beste Vertrauensverhältnis, das auch unter gar keinen Umständen in irgendeiner Form gestört werden dürfe.“³

Dieses Dokument belegt einmal mehr, dass – anders als Gillessen dies in erstaunlicher Ignoranz gegenüber den Ergebnissen der jüngeren und teilweise sogar schon der älteren Forschung⁴ behauptet – von „geheim gehaltenen Verbrechen“, die von SS-Kommandos in den „weiten Räumen“ hinter der Front und

³ Vermerk Weckmanns über eine Besprechung mit Major von Klitzing (AOK 9, IIa, Nr. 792/41 geh.), 22.8.1941, in: Zentralarchiv des russischen Verteidigungsministeriums, Podolsk, Fond 500, 12454/236. Weitere Einzelheiten zu diesem Fall in: Johannes Hürter, Militäropposition und Judenmord bei der Heeresgruppe Mitte im Sommer und Herbst 1941. Alte Erinnerungen und neue Dokumente, in: Becker/Löttel/Studt (Hrsg.), Widerstand, S. 135–151, hier S. 149f. Auch dieser Vorgang ging über die Schreibtische Gersdorffs, Tresckows und Greifenbergs. Interessant ist ferner, dass auch der Oberbefehlshaber der 9. Armee, Generaloberst Adolf Strauß, das Verhalten Klitzings „auf das Schärfste“ missbilligte.

⁴ Vgl. bereits Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 227: „Den Armeeführern und ihren Sachbearbeitern ist jedoch keineswegs erst im Spätherbst 1941, als solche Meldungen längst nicht mehr ungewöhnlich waren, bewußt geworden, daß auch und gerade die systematischen ‚Liquidierungen‘ von Juden zu jenen ‚Exekutionen‘ gehörten, für welche den Einsatzgruppen die Vereinbarung Wagner-Heydrich Handlungsfreiheit ‚in eigener Verantwortung‘ gab. Kommandeure, die ein solches Vorgehen grundsätzlich ablehnten und gänzlich ‚ahnungslos‘ waren, hätten darauf in einem relativ frühen Stadium des Feldzugs gewiß unwillkürlich anders reagiert, als sie es taten, hätten spontan ihrer Empörung Ausdruck gegeben und ohne langes Besinnen einzugreifen versucht (wie seinerzeit des öfteren unter den – noch wirklich ‚neuen‘ – Eindrücken in Polen). Statt dessen übten sie strenge Zurückhaltung [...].“

zwischen den Versorgungsstraßen „ziemlich unbeobachtet“ begangen worden seien, keine Rede sein konnte. Die Wehrmachtsdienststellen waren gut informiert und standen im übrigen auch keineswegs immer so abseits, wie Weckmann sich das offenbar wünschte, sondern initiierten und unterstützten die „antijüdischen“ Aktionen an vielen Orten, entweder unmittelbar oder (häufiger) indirekt.

Im Mainstream der weitgehend reibungslosen Kooperation zwischen Ostheer, SS und Polizei machte das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte keine Ausnahme, und auch diese höchste Kommandostelle war in den ersten Wochen des Feldzugs detailliert über die Absichten und Aktionen der Männer Himmlers und Heydrichs unterrichtet. Ihr wurden von Mitte Juli bis Anfang September 1941 mindestens zehn Berichte der Einsatzgruppe B vorgelegt⁵; auch der höchst entlarvende Einsatzbefehl Heydrichs vom 1. Juli 1941 war ihr bekannt⁶. Außerdem ist das zeitgenössische Zeugnis des Einsatzgruppenchefs Arthur Nebe über seine gute Zusammenarbeit mit dem Heeresgruppenkommando Mitte überliefert, die auch von Gersdorff und Schlabrendorff nach dem Krieg mehrmals bestätigt wurde. In diesem Zusammenhang von „lügenden“ Akten zu sprechen, ist irreführend. Bestandteil des Einvernehmens zwischen Nebe und den zuständigen Offizieren des Oberkommandos war, dass Gersdorff und seine Mitarbeiter in der „Gruppe Ic/AO“ regelmäßig über die Tätigkeit der SS und Polizei unterrichtet wurden. Dieser enge Kontakt fiel aber ohnehin in den verbindlichen Aufgabenbereich der von Gersdorff geleiteten Unterabteilung und war bereits vor dem Feldzug vereinbart worden. In der Informierung durch Nebe einen Akt der Subversion zu vermuten und im Abwehroffizier Henrici⁷ mehr als einen Zwischenträger oder Bearbeiter von – natürlich besonders brisanten, „streng vertraulichen“ und daher „persönlich“ übergebenen – Akten zu sehen, geht völlig an der Sache vorbei.

In den Berichten der Einsatzgruppe, die im Sommer 1941 an Gersdorff gingen, sind die Erschießungen Dutzender, manchmal Hunderter, insgesamt Tausender Juden dokumentiert. Allein das von mir abgedruckte „Dokument 1“ nennt 1330 Erschießungen für nur eine Woche – die Formulierung Gillessens, dass „darunter Juden“ zu den Opfern zählten, ist mehr als irritierend, denn in Wirklichkeit lässt der Bericht keinen Zweifel daran, dass *ganz überwiegend* Juden betroffen waren. Nach dem Krieg wollte sich Gersdorff allerdings an die massenhafte Ermordung von jüdischen Männern vor der unterschiedslosen Mordaktion in Borissow nicht

⁵ Vgl. die Aufstellungen bei Johannes Hürter, *Auf dem Weg zur Militäropposition*. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 527–562, hier S. 535 f. u. S. 539, sowie den Hinweis auf einen weiteren Bericht in Hürter, *Militäropposition*, in: Becker/Löttel/Studt (Hrsg.), *Widerstand*, S. 147 f.

⁶ Vgl. ebenda, S. 148 f. Der Befehl präziserte die „einzuschlagende Taktik“ von „Reinigungsaktionen“, vor allem bei der gezielten Auslösung von Pogromen. „Es ist selbstverständlich, dass die Reinigungsaktionen sich primär auf die Bolschewisten und Juden zu erstrecken haben. Hinsichtlich der polnischen Intelligenz usw. kann [...] später das Wort gesprochen werden.“

⁷ Die Erwähnung Henricis am Kopf des „Dokuments 1“ findet sich im übrigen schon in meiner Dokumentation (Hürter, *Weg zur Militäropposition*, S. 552), so dass Gillessen nicht erst von Peter Hoffmann darauf hätte aufmerksam gemacht werden müssen.

mehr erinnern und rechtfertigte seine Akzeptanz der angeblich zahlenmäßig begrenzten Erschießungen mit einer eigenen „Erfahrung“ von eindeutig antisemitischer Konnotation:

„Tatsächlich waren in den Berichten von Nebe, die mir zur Kenntnis gelangten, bezgl. der Judenerschießungen nur ganz niedrige Zahlen angegeben. Ich glaube nicht, dass jemals über 100 Judenliquidierungen in den Einzelmeldungen aufgeführt waren. Die Zahlen hielten sich in einer Größenordnung, die im Hinblick auf die Größe des Operationsgebietes von Nebe durchaus begreiflich waren, d. h. man konnte hier ohne weiteres der Auffassung sein, dass es sich um kriegsbedingte Erschießungen handelte. Dies umsomehr, als ich persönlich auch die Erfahrung gemacht habe, dass sich unter den Agenten sehr viele Juden befanden und dass sich auch unter der jüdischen Bevölkerung eine größere und aktivere Kriminalität ergab, als bei der übrigen russischen Bevölkerung. Von Massentaktionen ist mir von Nebe niemals erzählt worden. Ich habe solche auch aus den mir von Nebe zugeleiteten Berichtsabdrucken nicht entnehmen können. Solange Nebe Führer der Einsatzgruppe B war, habe ich lediglich von einer Massenerschießung erfahren und zwar fand diese in der Nähe des Flugplatzes Borisow statt. [...] Wenn mir im Zusammenhang mit den Berichten von Nebe noch vorgehalten wird, dass nach Zeugenaussagen tatsächlich auch im Bereich der Einsatzgruppe B Massenerschießungen unter Nebe stattgefunden haben, so kann ich hierzu nur erklären, dass die an uns abgegebenen Berichte von Nebe gefälscht gewesen sein müssen. Vielleicht hat Nebe dies getan, um seinen guten Eindruck, den er auf uns gemacht hat, nicht zu verwischen und um auch uns gegenüber nicht als wortbrüchig zu erscheinen.“⁸

Diese Aussage Gersdorffs vor einer westdeutschen Staatsanwaltschaft habe ich Günther Gillessen in Kopie zur Verfügung gestellt – er zitiert sie mit bemerkenswerten Aussparungen in einem ganz anderen Zusammenhang. Sie will auch nicht so recht zu seiner Behauptung passen, ich hätte die Erinnerungen Gersdorffs und Schlabrendorffs nicht nur falsch interpretiert, sondern geradezu sinnentstellend verwendet, indem ich dem Massaker von Borissow eine viel größere Bedeutung zuschriebe, als es die Texte hergeben würden. Borissow habe, so das Argument Gillessens, lediglich „letzte Gewissheit“ gebracht.

Wenn es wirklich so gewesen wäre, was hätte denn die Kronzeugen des militärischen Widerstands davon abhalten sollen, zu betonen: Wir wussten schon im Juli/August 1941 von den Massenmorden, und sie haben uns tief empört! Warum wird statt dessen die frühe Kenntnis unterschlagen und der Massenmörder Nebe in ein erstaunlich mildes Licht gerückt⁹? Auf diesen Widerspruch geht

⁸ Niederschrift der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I (Az. 1 a Js 1522/58) über eine Vernehmung Gersdorffs, Köln 4.5.1959, in: Staatsarchiv München, Stanw. 32970/5.

⁹ Günther Gillessen unterschlägt bei dem Zitat der Zeugenvernehmung Schlabrendorffs durch Kempner am 30.6.1948 in Nürnberg den Anlass der insistierenden Frage des US-Hauptanklägers. Kempner machte nicht aus einem Zeugen einen Beschuldigten, sondern war verständlicherweise darüber irritiert, dass Schlabrendorff aus einem Täter einen Judenretter machen wollte: „Schlabrendorff: [...] Ich weiss, dass er [Nebe] während dieser Zeit [1941] alles versucht hat, um die Ermordung von Juden und Russen zu verhindern.“ Kempner: „Ja.“

Gillessen nicht ein. Auch lässt er den Leser darüber im Unklaren, dass Gersdorff und Schlabrendorff ja auch nicht behaupteten, die Verbrechen der SS und Polizei im Sommer 1941 seien ein Motiv zum Widerstand gewesen. Warum sollte man dies nicht mindestens genauso ernst nehmen wie die anderen Nachkriegsaussagen der Beteiligten, an denen Gillessen seine Spekulations- und Assoziationsketten knüpft? Und liegt dann die Deutung nicht auf der Hand, dass zumindest Gersdorff die enge Kooperation mit der Einsatzgruppe B in der Anfangsphase des „Unternehmen Barbarossa“ – angesichts der von ihm verleugneten Tatsache, schon in diesen Wochen über Massenmorde informiert gewesen zu sein – nachträglich höchst unangenehm war und er seine Gründe dafür hatte?

Die Plausibilität meiner Interpretation auf Grundlage der bisher bekannten Dokumente und Selbstzeugnisse wird durch den Beitrag Günther Gillessens nicht im mindesten erschüttert. Vieles spricht dafür (von „endgültigen“ Beweisen war in meinen Beiträgen nie die Rede), dass der Massenmord an Tausenden jüdischen Männern im Sommer 1941 bei einigen der späteren Widerstandskämpfer des 20. Juli noch nicht die Wirkung hervorrief, die wir uns bei solchen vorbildlichen Persönlichkeiten erhoffen. Doch so verstörend das auch sein mag: Nicht die isolierte Fokussierung auf einzelne Offiziere, sondern die kontextualisierende Analyse ihres Handelns auf dem inzwischen gut erforschten Gesamttabelleau einer mehr als nur „unrechten“ und doch auch von Regimegegnern lange als existenziell empfundenen Kriegführung und Besatzungsherrschaft legt den Schluss nahe, dass die militärischen Akteure in der dramatischen Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Krieges in ein militärisch, politisch-ideologisch und ethisch radikal entgrenztes Gewaltgeschehen integriert waren, aus dem selbst die Hellsichtigsten und Mutigsten unter ihnen erst nach und nach einen Weg heraus in den Widerstand fanden.

Schlabrendorff: ‚Oder auf ein Mindestmass herabzudrücken.‘ Kempner: ‚Ja.‘ Schlabrendorff: ‚Aber er stand in einem furchtbaren Konflikt, wegzugehen, und es anderen zu überlassen, die nicht 10, sondern 100 % töten würden, oder es auf ein Minimum herabzudrücken.‘ Kempner: ‚Als Sachverständigen der Widerstandsbewegung frage ich Sie dann als Schlußfrage: Wie viele Juden darf man denn ermorden, wenn man das Endziel hat, Hitler zu beseitigen – wie viele Millionen?‘ Schlabrendorff: ‚Ich würde sagen, niemanden.‘ Kempner: ‚Danke schön.‘“ Zit. nach Christian Gerlach, *Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“*, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler*, Darmstadt 2000, S. 62–76, hier S. 70.



Reform und Revolte in den Universitäten



Anne Rohstock

Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«?

Hochschulreform und Hochschulrevolte
in Bayern und Hessen 1957-1976

2010 | VIII, 462 S. | Ln. | € 49,80

ISBN 978-3-486-59399-0

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte,
Bd. 78

Die 1960er und 1970er Jahre waren für die Universitäten der Bundesrepublik eine Zeit tiefgreifender Veränderungen. Ihr umfassender Ausbau trug dazu ebenso bei wie eine politisch forcierte Strukturreform und die Studentenrevolte des Jahres 1968. Am Beispiel der Bundesländer Bayern und Hessen analysiert Anne Rohstock Entstehungsbedingungen und Folgen des Wandels und widmet sich den bislang unerforschten Wechselwirkungen zwischen Hochschulreform und Hochschulrevolte in den Jahrzehnten des Bildungsbooms. Es zeigt sich, dass es durch »68« keineswegs nur zu einem bildungspolitischen Neubeginn kam. Viele Initiativen scheiterten auch an starken politischen wie gesellschaftlichen Gegenkräften. Aufbruch und Neubeginn prägten die bundesrepublikanische Bildungslandschaft.

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte

Anne Rohstock, geboren 1977, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Luxemburg.

oldenbourg.de

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt:
verkauf@oldenbourg.de

Oldenbourg